Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/6363

02. 12. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Anke Fuchs (Köln), Gerd Andres, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/2588 –

Sicherung der Arbeitsplätze durch Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie

A. Problem

Die verhaltene Konjunkturentwicklung, insbesondere die Stagnation beim privaten Verbrauch sowie die anhaltende Überbewertung der Deutschen Mark haben dazu geführt, daß sich der Wettbewerb zu Lasten der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie sowohl auf dem deutschen als auch auf dem internationalen Markt drastisch verschärft hat. Der seit den 70er Jahren bereits anhaltende dramatische Strukturwandel in der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie wird sich daher trotz verschiedener Verbesserungen im Bereich der handelspolitischen Rahmenbedingungen weiter verstärken. Wenn nicht die bereits in Kraft gesetzten neuen handelspolitischen Regelungen zügig umgesetzt und zudem nachhaltige wirtschaftspolitische Initiativen zugunsten der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie ergriffen werden, sind ein weiterer nachhaltiger Abbau von Arbeitsplätzen und die Verlagerung von Produktionen ins Ausland zu befürchten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages der Fraktion der SPD – Drucksache 13/2588.

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/2588 – abzulehnen.

Bonn, den 13. November 1996

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	**Dr. Christian Ruck**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Christian Ruck

I.

Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/2588 – wurde in der 128. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. Oktober 1996 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft und zur Mitberatung an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuß für Gesundheit sowie den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner Sitzung am 13. November 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in seiner Sitzung am 6. November 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Gesundheit hat in seiner Sitzung am 13. November 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Mitglieds der Gruppe der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. beschlossen, dem Antrag zuzustimmen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner Sitzung am 13. November 1996 auf eine Beratung der Vorlage verzichtet.

III.

Angesichts eines anhaltenden und dramatischen Strukturwandels in der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie ist seit den 70er Jahren im Zuge der tiefgreifenden Strukturanpassung eine große Anzahl an Arbeitsplätzen verlorengegangen. Die verhaltene Konjunkturentwicklung, insbesondere die Stagnation beim privaten Verbrauch sowie die anhaltende Überbewertung der Deutschen Mark haben nach Auffassung der Antragsteller dazu geführt, daß sich der Wettbewerb zu Lasten der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie sowohl auf dem deutschen als auch auf dem internationalen Markt weiter verschärft hat.

Der Antrag zielt darauf ab, mit einen Bündel von Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie zu stärken und so einen weiteren Abbau von Arbeitsplätzen zu verhindern. Die Bundesregierung soll insbesondere aufgefordert werden, in der neuen Welthandelsorganisation (WTO) aktiv und konstruktiv darauf hinzuwirken, daß verbindliche ökologische Mindeststandards im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) entwickelt und vereinbart werden. Außerdem soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß die in den Übereinkommen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vereinbarten elementaren sozialen Mindeststandards in das Arbeitsprogramm der WTO aufgenommen werden. Ferner müsse von der Bundesregierung eine Innovationsoffensive ergriffen werden, mit der vor allem mittelständische Unternehmen gestärkt werden sollen. Außerdem wird es für notwendig gehalten, daß die deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie wieder verstärkt in die Außenwirtschaftsförderung, vor allem in die Förderung von Auslandsmessebeteiligungen, aufgenommen wird.

IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Vorlage in seiner 43. Sitzung am 13. November 1996 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/2588 – zu empfehlen.

Bonn, den 13. November 1996

Dr. Christian Ruck

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333